

Juni 2017

Eine Studie zur politischen Stimmung im Auftrag
der ARD-Tagesthemen und der Tageszeitung DIE WELT

ARD-DeutschlandTREND



Der Inhalt dieses Berichtes darf ganz oder teilweise nur mit unserer schriftlichen Genehmigung veröffentlicht, vervielfältigt, gedruckt oder in Informations- und Dokumentationssystemen (information storage and retrieval systems) gespeichert, verarbeitet oder ausgegeben werden.

Inhaltsverzeichnis

Studieninformation.....	1
Die wichtigsten Ergebnisse.....	2
Politikerbewertung: Merkel wieder auf Platz eins.....	3
Internationale Spitzenpolitiker: Hohe Beliebtheit von Emmanuel Macron, kritische Bewertung von Theresa May und Donald Trump.....	5
Kanzlerpräferenz: Merkel deutlich vor Schulz	6
Sonntagsfrage.....	7
Große verbale Bereitschaft für höhere Ausgaben zugunsten des Klimaschutzes	8
Deutschlands Festhalten am Klimaabkommen einhellig begrüßt	9
Deutliche Mehrheit für stärkeres internationales Engagement Deutschlands.....	10
Internationales Engagement Deutschlands nicht im Alleingang	11
Vertrauenswürdige Partner: Weiter Spitzenplatz für Frankreich	12
Mehrheit sieht nur geringe Chancen für eine Verbesserung des Deutsch- Türkischen Verhältnisses.....	13

ARD – DeutschlandTREND Juni 2017

Studie zur politischen Stimmung im Auftrag
der ARD-Tagesthemen und der Tageszeitung DIE WELT

Studieninformation

Grundgesamtheit	Wahlberechtigte Bevölkerung in Deutschland ab 18 Jahren	
Stichprobe	Repräsentative Zufallsauswahl/Dual-Frame (Relation Festnetz-/Mobilfunknummern 70:30)	
WDR-Autor	Ellen Ehni	0221 220-1800
WDR-Redakteurin	Friederike Hofmann	0221 220-1800
Wissenschaftliche Betreuung / Durchführung infratest dimap	Jürgen Hofrichter	
Erhebungsverfahren	Telefoninterviews (CATI)	
Fallzahl	1.000 Befragte Sonntagsfrage: 1.500 Befragte	
Erhebungszeitraum	06. bis 07. Juni 2017	
Fehlertoleranz	1,4* bis 3,1** Prozentpunkte * bei einem Anteilswert von 5 Prozent ** bei einem Anteilswert von 50 Prozent	
Durchführendes Institut:	infratest dimap	
Ihre Ansprechpartner:	Michael Kunert	030 53322-0
	Reinhard Schlinkert	0228 32969-3

Die wichtigsten Ergebnisse

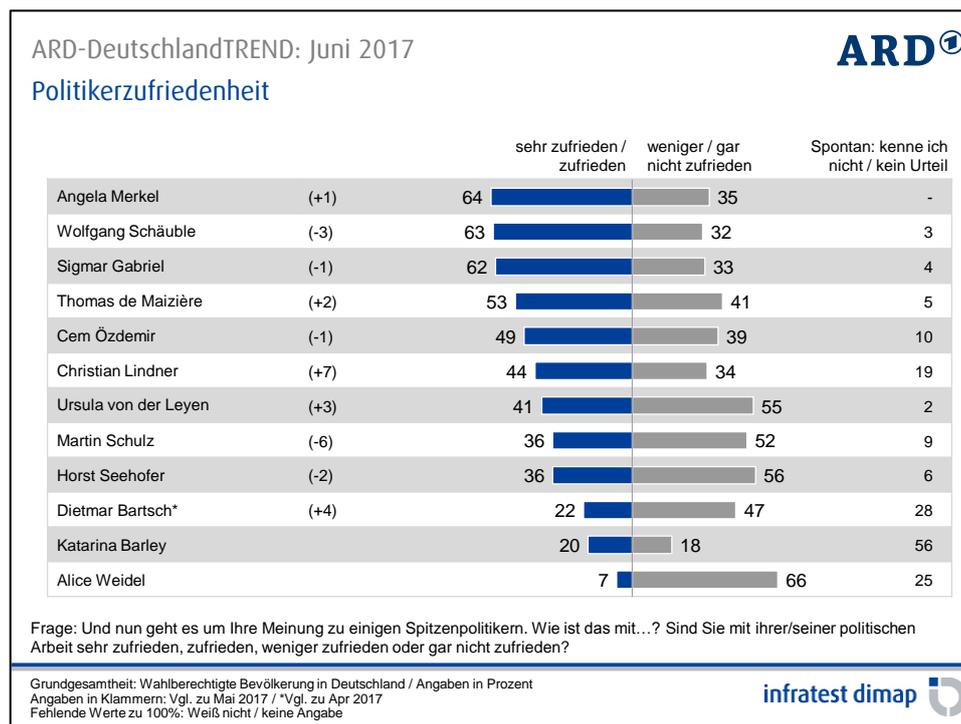
Bundeskanzlerin Merkel erreicht ihren besten Sympathiewert (64 Prozent) seit dem Beginn der Flüchtlingskrise und schiebt sich auf Platz 1 der Politikerrangliste vor Wolfgang Schäuble (63 Prozent) und Sigmar Gabriel (62 Prozent). Martin Schulz muss Ansehensverluste hinnehmen und verzeichnet mit 36 Prozent seinen niedrigsten Wert im ARD-DeutschlandTREND. Christian Lindner legt deutlich zu und erreicht mit 44 Prozent seinen besten Wert im DeutschlandTREND. In der Kanzlerpräferenz kann die Amtsinhaberin ihren Vorsprung gegenüber ihrem SPD-Herausforderer auf 24 Prozentpunkte ausbauen: Aktuell würden sich 53 Prozent für Angela Merkel entscheiden und 29 Prozent für Martin Schulz. Parallel zum Trend in der Direktwahlfrage kann sich die Union im Juni weiter von der SPD absetzen. Wäre bereits am nächsten Sonntag Bundestagswahl, käme die Union auf 38 Prozent (+1). Die SPD verliert 3 Punkte und kommt aktuell auf 24 Prozent. Die FDP könnte um 2 Punkte auf 10 Prozent zulegen. Die Linke käme auf 8 Prozent (+1), die Grünen auf 7 Prozent (-1). Die AfD könnte mit 9 Prozent (-1) rechnen.

In Sachen Klimaschutz sind die Deutschen – zumindest nach eigenem Bekunden – mit großer Mehrheit (82 Prozent) bereit, höhere Preise für Produkte zu akzeptieren, wenn diese klimaschonend hergestellt werden und höhere Preise für Strom aus erneuerbaren Energien zu zahlen (73 Prozent). Darüber hinaus erklären sich zwei Drittel (64 Prozent) bereit, auf das Auto zu verzichten, auch wenn dadurch Manches umständlicher wird. Daher kann die Bundesregierung auf einhellige Unterstützung der Bevölkerung (93 Prozent) für ihre Entscheidung bauen, nach dem Ausstieg der USA am Pariser Klimaabkommen festzuhalten. In der internationalen Politik halten knapp zwei Drittel (62 Prozent) der Deutschen ein stärkeres Engagement Deutschlands bei internationalen Krisen grundsätzlich für richtig. Bei diesem stärkeren Engagement der Bundesrepublik wird offensichtlich nicht an nationale Alleingänge gedacht, für die nur 31 Prozent plädieren, während 65 Prozent dies ablehnen. 80 Prozent befürworten, dass die EU gemeinsam mehr Verantwortung in der Welt übernehmen sollte, wenn sich die USA weltpolitisch zurückziehen, und 93 Prozent plädieren für eine engere Zusammenarbeit bei der Verteidigungspolitik der EU-Mitglieder. Von den internationalen Partnern der Bundesrepublik genießt Frankreich das größte Vertrauen (94 Prozent), gefolgt von Großbritannien mit 60 Prozent. Die USA haben unter Präsident Trump an Vertrauen verloren und liegen nun gleichauf mit Russland (je 21 Prozent). China gilt für 36 Prozent als verlässlicher Partner. Den geringsten Vertrauensvorschuss erhält die Türkei mit 3 Prozent und angesichts der anhaltenden schweren politischen Differenzen zwischen der Türkei und Deutschland geht eine große Mehrheit von 87 Prozent davon aus, dass es in absehbarer Zeit nur geringe Chancen für eine Verbesserung des Deutsch-Türkischen Verhältnisses gibt. Auf der internationalen Bühne stehen derzeit vor allem die Staatsoberhäupter von Frankreich, Großbritannien und den USA im Mittelpunkt. Während sich der neu gewählte französische Präsident Emmanuel Macron großer Beliebtheit erfreut (59:9 Prozent), stößt die Arbeit der britischen Premierministerin Theresa May (22:59 Prozent) auf mehrheitliche Skepsis und die Arbeit des amerikanischen Präsidenten auf einhellige Skepsis (5:92 Prozent).

Das sind die wichtigsten Befunde im aktuellen ARD-DeutschlandTREND von infratest dimap im Auftrag der ARD-Tagesthemen und der Tageszeitung DIE WELT.

Politikerbewertung: Merkel wieder auf Platz eins

Nachdem sie in den letzten Monaten kontinuierlich an Ansehen gewonnen hat, führt Bundeskanzlerin Angela Merkel nun wieder die Liste der beliebtesten Spitzenpolitiker an. Aktuell sind zwei Drittel der Wahlberechtigten mit ihrer politischen Arbeit zufrieden oder sehr zufrieden (64 Prozent, +1 im Vergleich zu Mai). Sie erreicht damit ihren besten Wert im ARD-DeutschlandTREND seit August 2015 – dem Beginn der Flüchtlingskrise. Finanzminister Wolfgang Schäuble, der die Liste in den letzten drei Monaten anführen konnte, verliert leicht an Zustimmung und belegt mit 63 Prozent (-3) Rang zwei, dicht gefolgt von Außenminister Sigmar Gabriel mit 62 Prozent (-1). Mit etwa zehn Punkten Abstand vom Spitzentrio folgt Innenminister Thomas de Maizière. Seine Arbeit wird weiterhin von mehr als der Hälfte der Deutschen positiv bewertet (53 Prozent, +2). Der Grünen-Parteivorsitzende Cem Özdemir kann mit 49 Prozent (-1) seinen fünften Rang verteidigen. Es folgt der FDP-Parteivorsitzende Christian Lindner, der erneut deutlich zulegen kann (+7 Punkte). Mit 44 Prozent erreicht er – mit dem Wahlerfolg in Nordrhein-Westfalen vor knapp einem Monat im Rücken – seinen mit Abstand besten Wert im ARD-DeutschlandTREND.



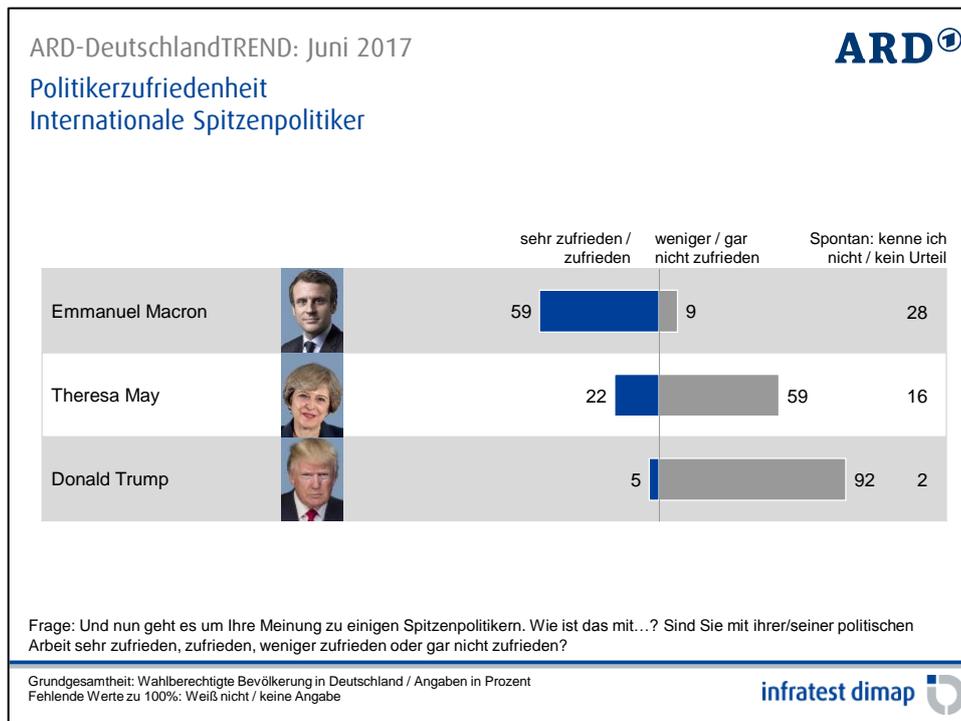
Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen kann sich vom Ansehensverlust durch den Fall Franco A. und die Diskussion um rechte Gruppierungen in der Bundeswehr im vergangenen Monat etwas erholen. Vier von zehn Deutschen sind mit ihrer politischen Arbeit zufrieden (41 Prozent, +3), mehr als die Hälfte jedoch unzufrieden (55 Prozent). SPD-Kanzlerkandidat Martin Schulz muss erneut sinkende Beliebtheitswerte hinnehmen. Nur noch etwas mehr als ein Drittel der Wahlberechtigten äußert sich positiv über seine Arbeit (36 Prozent, -6), die Mehrheit ist unzufrieden (52 Prozent). Seit seiner Nominierung als Kanzlerkandidat im

Januar hat Schulz damit kontinuierlich an Beliebtheit verloren. Er liegt aktuell gleichauf mit dem bayerischen Ministerpräsident Horst Seehofer.

Mit deutlichem Abstand auf Schulz folgt der Linken-Fraktionsvorsitzende Dietmar Bartsch. Seine Arbeit wird von etwa jedem Fünften positiv beurteilt (22 Prozent, +4 im Vergleich zu April). Katarina Barley hat in ihrer neuen Rolle als Familienministerin noch mit Bekanntheitsproblemen zu kämpfen: Sechs von zehn Wahlberechtigten geben an, sie nicht zu kennen, oder trauen sich noch kein Urteil über ihre Arbeit zu. Insgesamt überwiegen aber die positiven Bewertungen leicht (20:18 Prozent). Schlusslicht unter deutschen Politikern ist die AfD-Spitzenkandidatin Alice Weidel. Nur 7 Prozent äußern sich positiv über ihre Arbeit, zwei Drittel negativ (66 Prozent).

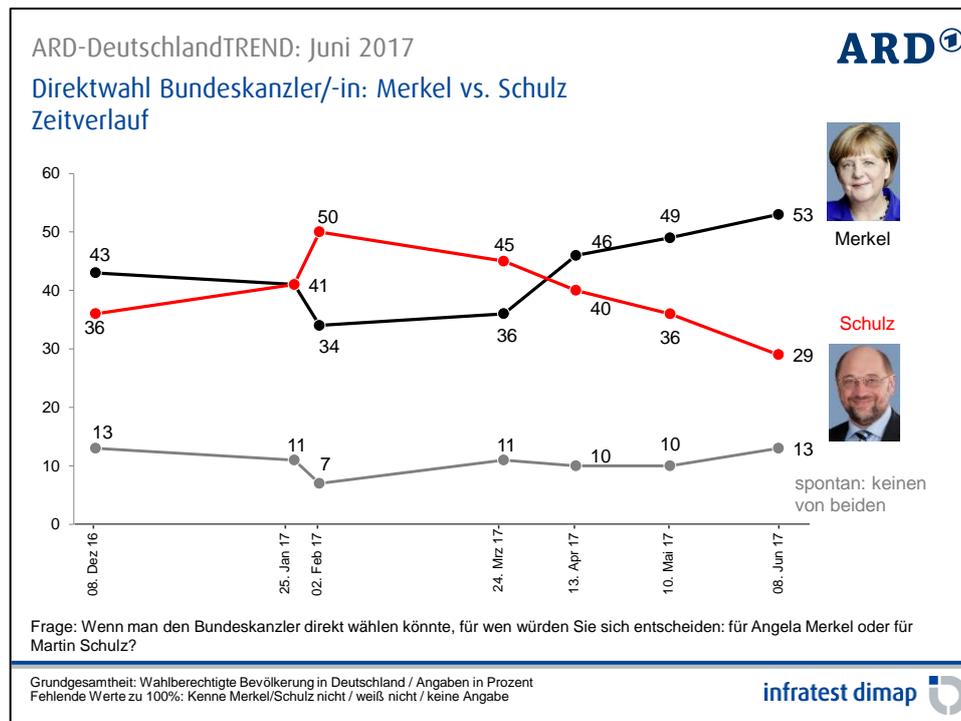
Internationale Spitzenpolitiker: Hohe Beliebtheit von Emmanuel Macron, kritische Bewertung von Theresa May und Donald Trump

Auf der internationalen Bühne standen zuletzt vor allem die Staatsoberhäupter von Frankreich, Großbritannien und den USA im Mittelpunkt. Der neu gewählte französische Präsident Emmanuel Macron erfreut sich in Deutschland großer Beliebtheit: mehr als die Hälfte der Deutschen ist mit seiner politischen Arbeit zufrieden oder sehr zufrieden (59 Prozent), er stößt kaum auf Kritik. Deutlich negativer fällt die Beurteilung der britischen Premierministerin aus: Weniger als ein Viertel äußert sich positiv über Theresa May, mehr als die Hälfte ist unzufrieden (22:59 Prozent). Schlusslicht bildet der amerikanische Präsident Donald Trump. Fast alle Bundesbürger zeigen sich mit seiner politischen Arbeit unzufrieden (92 Prozent). Nur 5 Prozent kommen zu einem wohlwollenden Urteil.



Kanzlerpräferenz: Merkel deutlich vor Schulz

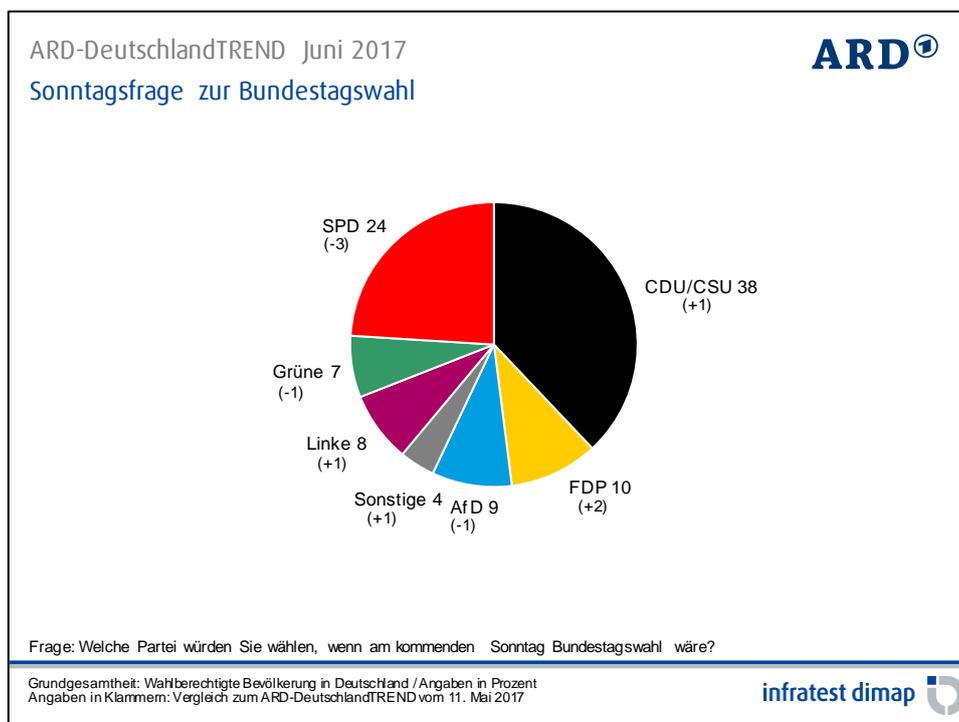
Die gegenläufigen Trends bei den Beliebtheitswerten der Bundeskanzlerin und des SPD-Herausforderers spiegeln sich auch in der Kanzlerpräferenz der Deutschen wider. Wenn man den Bundeskanzler direkt wählen könnte, würde sich dreieinhalb Monate vor der Bundestagswahl mehr als die Hälfte der Wahlberechtigten (53 Prozent, +4 im Vergleich zu Mai) für Angela Merkel entscheiden, nur noch drei von zehn (29 Prozent, -7) sprechen sich für Martin Schulz aus. Angela Merkel kann damit den Vorsprung gegenüber ihrem SPD-Herausforderer deutlich auf 24 Prozentpunkte ausbauen. Ihr Vorsprung reicht damit nicht ganz an den der letzten beiden Wahlkämpfe heran: Im Juni 2013 lag Merkel in der Direktwahlfrage 27 Punkte vor ihrem Herausforderer Peer Steinbrück (57:30 Prozent), im Juni 2009 33 Punkte vor Frank-Walter Steinmeier (60:27 Prozent).



Unter Anhängern der Unionsparteien genießt Angela Merkel nahezu geschlossenen Rückhalt, aber auch eine Mehrheit der FDP-Anhänger und der Grünen-Anhänger würde sich für Merkel als Kanzlerin entscheiden. Schulz wird mehrheitlich von Anhängern der SPD und der Linken bevorzugt. Anhänger der AfD würden bei einer Direktwahl mehrheitlich für keinen der beiden Kandidaten stimmen.

Sonntagsfrage

Parallel zum Trend in der Direktwahlfrage kann sich die Union im Juni weiter von der SPD absetzen. Wäre bereits am nächsten Sonntag Bundestagswahl, könnte die Union mit 38 Prozent rechnen – ein Plus von einem Punkt im Vergleich zum Vormonat. Die SPD verliert dagegen 3 Punkte und käme auf 24 Prozent. Die FDP könnte um zwei Punkte auf 10 Prozent zulegen. Die Linke gewinnt gegenüber April einen Prozentpunkt und läge mit 8 Prozent vor den Grünen, die auf 7 Prozent kämen und einen Punkt verlieren. Die AfD muss einen Punkt abgeben und kommt auf einen Stimmenanteil von 9 Prozent. Alle anderen Parteien zusammen genommen kämen auf 4 Prozent der Stimmen.

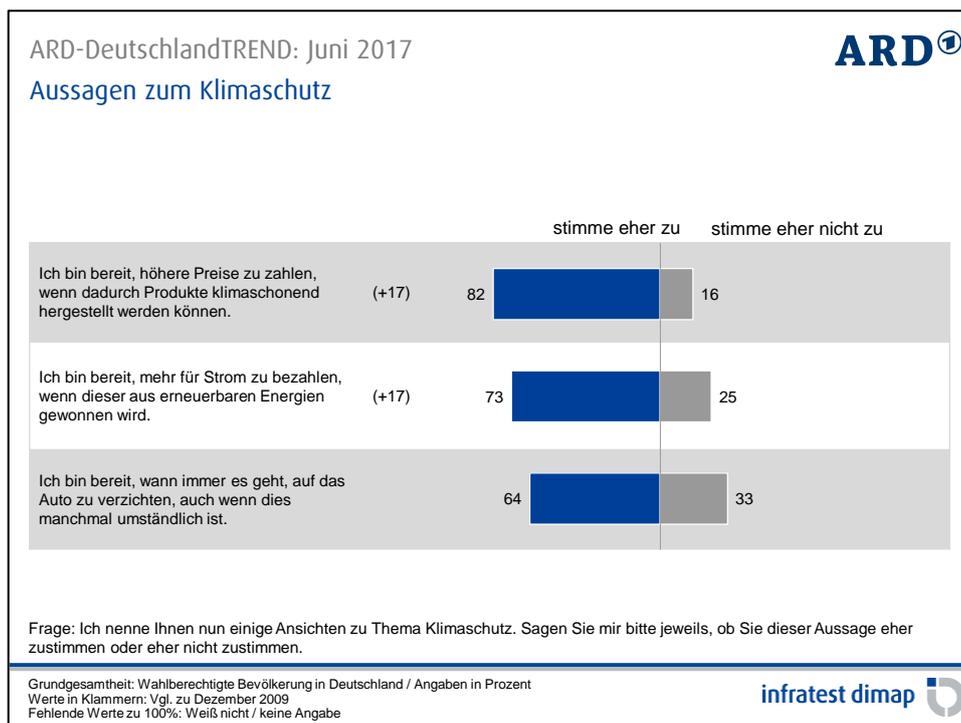


Wäre dies das Ergebnis der Bundestagswahl, dann hätte Schwarz-Gelb mit 48 Prozent einen genau so hohen Stimmenanteil wie die anderen im Bundestag vertretenen Parteien zusammen.

Die Sonntagsfrage misst aktuelle Wahlneigungen und nicht tatsächliches Wahlverhalten. Sie ermittelt einen Zwischenstand im Meinungsbildungsprozess der Wahlbevölkerung, der erst am Wahlsonntag abgeschlossen ist. Rückschlüsse auf den Wahlausgang sind damit nur bedingt möglich. Viele Wähler legen sich kurzfristig vor einer Wahl fest. Eine große Bedeutung hat zudem der Wahlkampf mit der gezielten Ansprache von unentschlossenen und taktischen Wählern.

Große verbale Bereitschaft für höhere Ausgaben zugunsten des Klimaschutzes

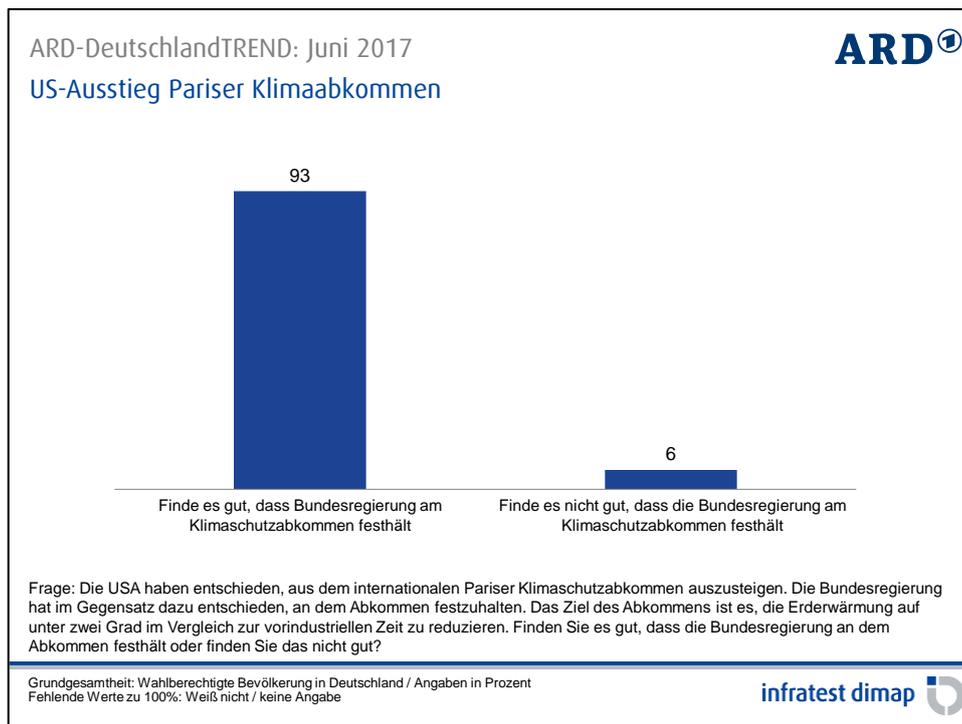
Angesichts der aktuellen Diskussion um das Pariser Klimaschutzabkommen und des von US-Präsident Donald Trump verkündeten Austritts der USA aus dem Abkommen, genießt das Thema Klimaschutz derzeit eine hohe öffentliche Aufmerksamkeit. Die Deutschen sind – zumindest nach eigenem Bekunden – mit großer Mehrheit bereit, zugunsten des Klimaschutzes tiefer in die Tasche zu greifen: Vier von fünf (82 Prozent) geben an, höhere Preise für Produkte zu akzeptieren, wenn diese klimaschonend hergestellt werden. Fast ebenso viele (73 Prozent) sind bereit höhere Strompreise zu bezahlen, wenn der Strom aus erneuerbaren Energien gewonnen wird. Damit ist die verbale Bereitschaft zu klimaschonendem Verhalten deutlich höher ausgeprägt als im Dezember 2009, als diese Fragen unmittelbar vor der Klimakonferenz in Kopenhagen gestellt wurden.



Darüber hinaus erklären sich zwei Drittel (64 Prozent) bereit, auf das Auto zu verzichten, auch wenn dadurch Manches umständlicher wird. Die Bereitschaft zum Verzicht fällt in Städten höher aus als auf dem Land. Können sich in Städten über 100.000 Einwohnern etwa sieben von zehn vorstellen (70 Prozent), gelegentlich auf das Auto zu verzichten, sind dies in Gemeinden mit einer Einwohnerzahl bis 20.000 gut die Hälfte (57 Prozent).

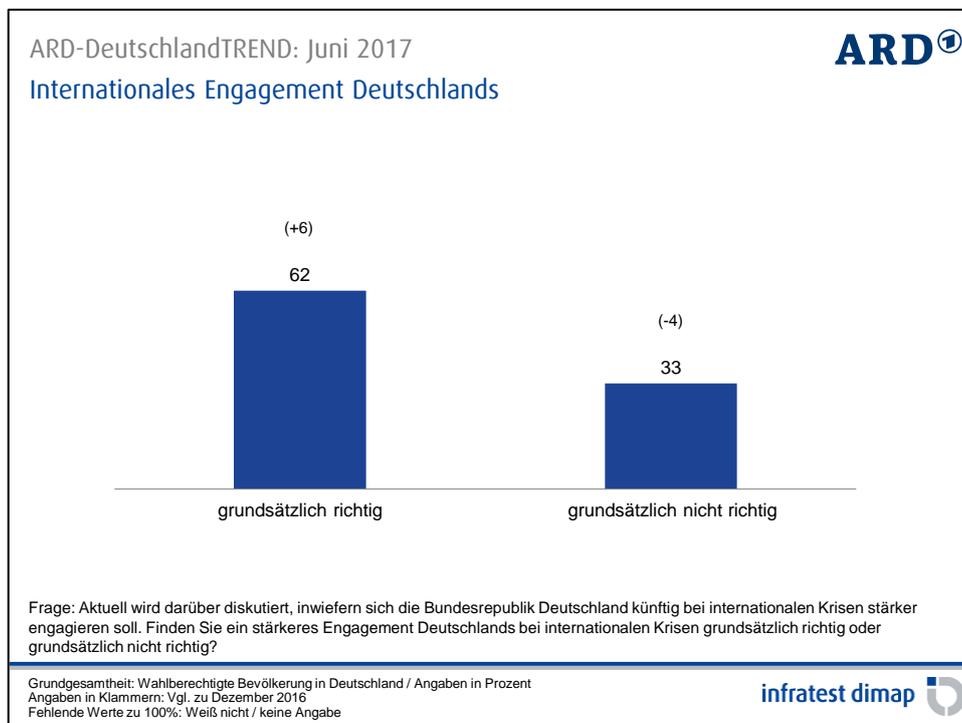
Deutschlands Festhalten am Klimaabkommen einhellig begrüßt

Während die USA ihren Ausstieg aus dem Pariser Klimaabkommen erklärt haben, hat die Bundesregierung im Gegensatz dazu bekräftigt, dass sie am Abkommen festhält. Sie kann dabei auf eine große Unterstützung der Bevölkerung bauen, die nahezu einhellig (93 Prozent) diese Entscheidung begrüßt.



Deutliche Mehrheit für stärkeres internationales Engagement Deutschlands

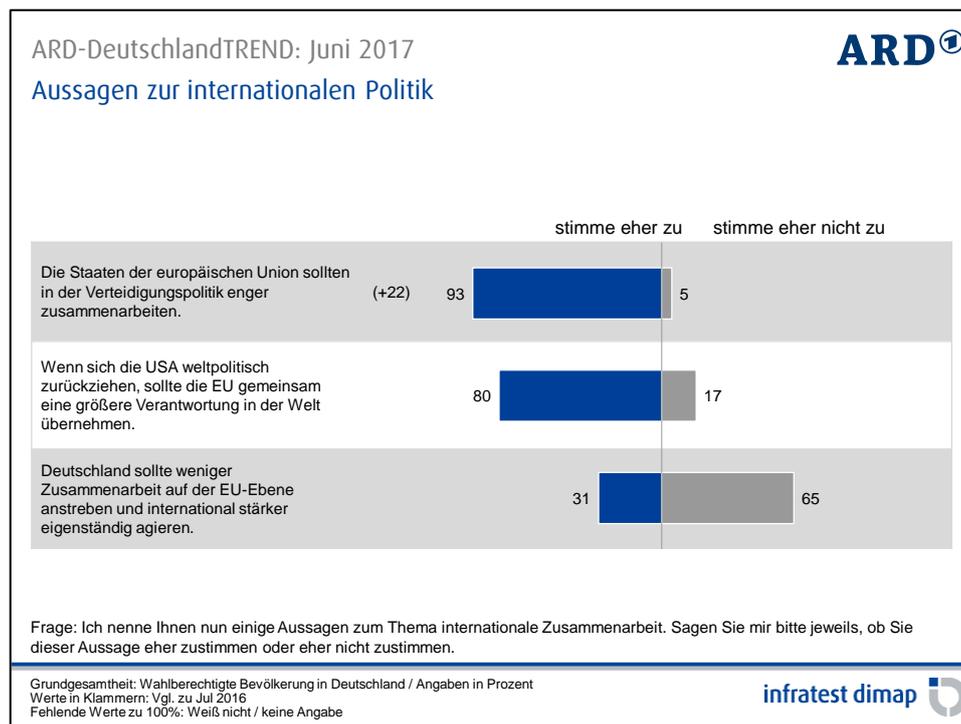
Deutschland engagiert sich in vielen internationalen Krisen und Konflikten mit militärischen wie nichtmilitärischen Mitteln. Nach Ansicht einer breiten Mehrheit in der Bevölkerung ist die Beteiligung der Bundesrepublik an der Weltpolitik indes noch ausbaufähig. Knapp zwei Drittel (62 Prozent) halten ein künftig stärkeres Engagement der Bundesrepublik bei internationalen Krisen grundsätzlich für richtig, 33 Prozent lehnen das hingegen ab. Die Bereitschaft zur Übernahme größerer internationaler Verantwortung durch die Bundesrepublik hat seit Ende letzten Jahres um 6 Punkte zugenommen.



Internationales Engagement Deutschlands nicht im Alleingang

Wenn die Mehrheit der Bundesbürger ein stärkeres Engagement der Bundesrepublik befürwortet, denkt sie dabei offensichtlich nicht an nationale Alleingänge. Lediglich ein Drittel (31 Prozent) plädiert dafür, dass Deutschland weniger Zusammenarbeit auf EU-Ebene anstreben und international stärker eigenständig agieren soll. Zwei Drittel (65 Prozent) sprechen sich solche Forderungen aus.

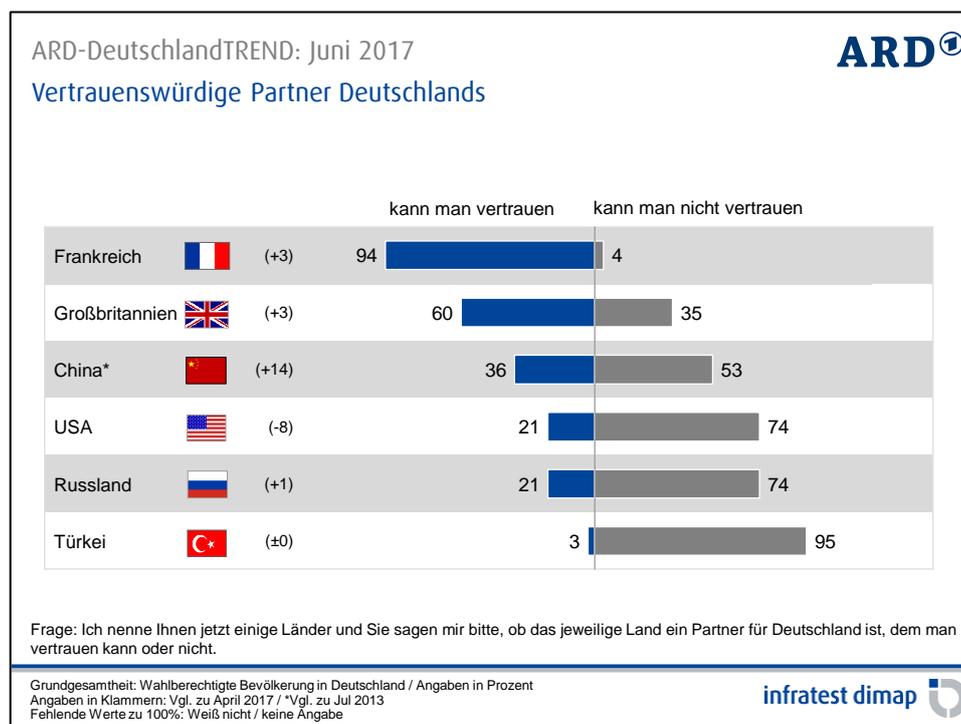
Weitgehend Konsens besteht hingegen bei der Vorstellung, die EU sollte gemeinsam mehr Verantwortung in der Welt übernehmen, wenn sich die USA weltpolitisch zurückziehen. Vier von fünf Bürgern (80 Prozent) teilen diese Ansicht. Eine Voraussetzung dafür ist ein stärkeres militärisches Gewicht der Europäischen Union. Folgerichtig plädieren die Deutschen nahezu einhellig (93 Prozent) für eine engere Zusammenarbeit bei der Verteidigungspolitik der EU-Mitglieder.



Vertrauenswürdige Partner: Weiter Spitzenplatz für Frankreich

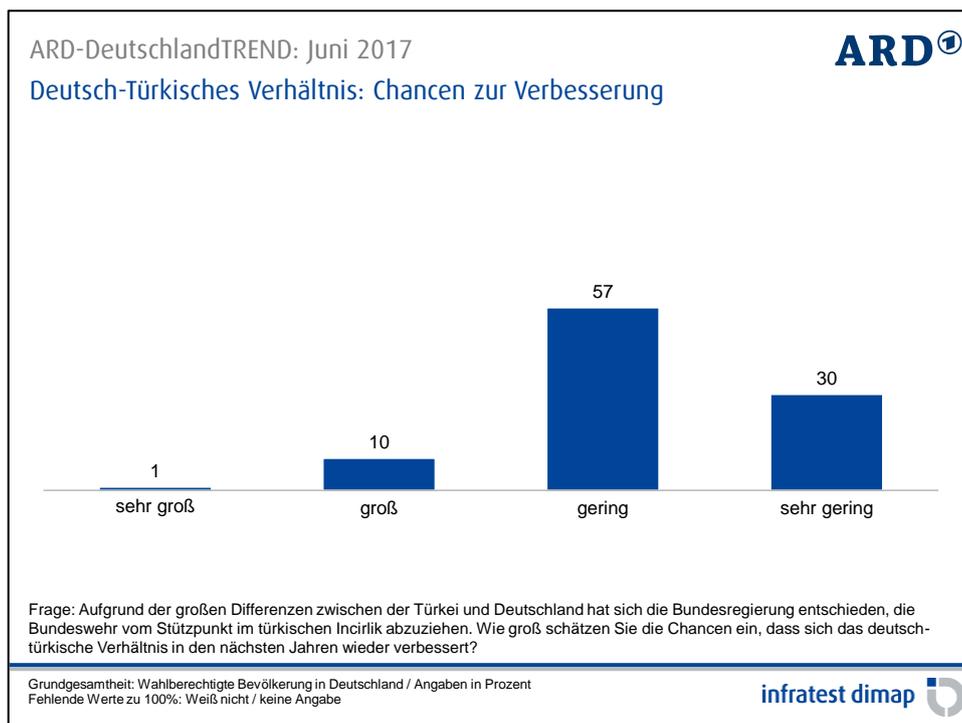
Unter den internationalen Partnern der Bundesrepublik nimmt Frankreich, wie schon seit langem, den Spitzenplatz ein, wenn es um die Vertrauenswürdigkeit der Länder geht. Nahezu alle Bürger (94 Prozent) betrachten den Nachbarn westlich des Rheins als verlässlichen Partner. Mit deutlichem Abstand folgt Großbritannien mit einem Vertrauensbonus von 60 Prozent. Damit konnten die Briten ebenso wie die Franzosen ihr Ansehen bei den Deutschen seit April etwas verbessern (+3 Punkte). Während die Deutschen großes Vertrauen sowohl in Frankreich als auch in Präsident Macron setzen, gilt Großbritannien zwar einer großen Mehrheit als vertrauenswürdiger Partner, die Arbeit von Premierministerin May wird dagegen mehrheitlich skeptisch beurteilt.

Gegenüber den anderen großen Weltmächten überwiegt klar die Skepsis. Die USA verzeichnen nach 5 Monaten Amtszeit von Donald Trump mit 21 Prozent den niedrigsten Wert seit Beginn der Abfrage im DeutschlandTREND und liegen nun gleichauf mit Russland. Das Image Russlands hat sich im Vergleich zum April dieses Jahres kaum verändert, die Vereinigten Staaten mussten hingegen einen Ansehensverlust von 8 Punkten hinnehmen. Im Gegensatz dazu konnte die Volksrepublik China bei der deutschen Bevölkerung ihr Image verbessern: Aktuell halten 36 Prozent (+ 14 im Vergleich zur letzten Messung im Juli 2013) das Land im Fernen Osten für einen zuverlässigen Partner. Angesichts der anhaltenden schwerwiegenden Differenzen zwischen der Türkei und Deutschland bildet die Türkei das Schlusslicht in diesem Ranking und dem Land am Bosphorus billigen nur 3 Prozent einen Vertrauensbonus zu.



Mehrheit sieht nur geringe Chancen für eine Verbesserung des Deutsch-Türkischen Verhältnisses

Nach der erneuten Weigerung der Türkei, deutschen Abgeordneten uneingeschränkte Besuche der in Incirlik stationierten Bundeswehrsoldaten zu gestatten, hat sich die Bundesregierung entschieden, die Truppen von dort abzuziehen. Das deutsch-türkische Verhältnis ist nicht nur durch diesen Vorgang seit längerem schwer belastet, wie das anhaltend geringe Vertrauen der deutschen Bevölkerung in den Partner Türkei zeigt. An diesem Zustand wird sich auch in den kommenden Jahren nichts Wesentliches ändern, so die Einschätzung einer breiten Mehrheit hierzulande. Lediglich rund ein Zehntel hält auf absehbare Zeit eine Verbesserung der bilateralen Beziehungen für denkbar. Nach Ansicht von 57 Prozent stehen die Chancen für eine Wiederannäherung eher gering und weitere 30 Prozent halten die Chancen für sehr gering.



--

Michael Kunert / Reinhard Schlinkert